

Die Große Koalition verhandelt über eine Reform der Pflegeversicherung

Kosten müssen von allen Steuerzahlern getragen werden



Foto: imago

Die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung ist nicht mehr gesichert. Vermutlich wird es neben einer Beitragserhöhung den verpflichtenden Abschluss einer privaten Zusatzversicherung geben.

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf Änderungen bei der Pflegeversicherung festgelegt. Die schon länger laufenden Verhandlungen sollen in Kürze abgeschlossen sein. Noch vor der Sommerpause soll dem Koalitionsausschuss ein Konzept vorgelegt werden. Teile der Reform sollen bereits 2008 in Kraft treten.

Finanzierungsfragen

Der Beitragssatz in der Pflegeversicherung beträgt seit 1997 1,7 Prozent. Kinderlose zahlen seit dem 1. Januar 2005 einen Zuschlag von 0,25 Prozent, also 1,95 Prozent. Rentner werden seit 1. April 2004 nicht mehr mit dem halben, sondern mit dem vollen Beitrag belastet. Der volle Beitragssatz wird eigentlich aber von allen Versicherten bezahlt, denn bei Einführung der Pflegeversicherung wurde der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag gestrichen, um die Arbeitgeber von der Finanzierung freizustellen. Die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung erfolgt also schon immer einseitig durch die Arbeitnehmer und Rentner.

Für die private Pflegeversicherung (PPV) gelten besondere Vorgaben. Gesetzliche und private Pflegeversicherung haben zwar den gleichen Leistungsumfang, aber die Risikostruktur ist bei der PPV eindeutig besser. Deshalb konnten die Unternehmen der PKV Rücklagen in Höhe von 14 Milliarden Euro bilden, während sich in der gesetzlichen Pflegeversicherung Einnahmen und Ausgaben zurzeit entsprechen und die Rücklagen fast aufgebraucht sind. Sachlich angemessen wäre eine einheitliche gesetzliche Pflegeversiche-

rung für alle. Dies würde zu einer gerechten Verteilung der Finanzierungslasten des Pflegeisikos führen.

Beamte müssen eine anteilige beihilfekonforme Pflegeversicherung abschließen, die der jeweiligen Krankenversicherung folgt. Die zusätzliche Beitragsbelastung der Rentner ist für die Versorgungsempfänger durch Kürzungen in den Sonderzahlungsgesetzen von Bund und Ländern berücksichtigt.

Leistungen müssen verbessert werden

Seit zwölf Jahren sind die Leistungen der Höhe nach unverändert. Obwohl die Pflegeversicherung nur als Teilkostenversicherung konzipiert ist, heißt dies, dass die Inflation die Pflegesätze um rund ein Fünftel entwertet hat. Ein entsprechend geringerer Teil der Pflegekosten wird durch die Pflegeversicherung abgedeckt. Der Kostendruck geht zu Lasten der Qualität in der gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung.

Dazu kommt, dass im Durchschnitt sechs von zehn Pflegebedürftigen an Demenz leiden. Pflegebedürftig im Sinn der Pflegeversicherung sind diese Kranken aber eigentlich nicht, obwohl der Betreuungsaufwand beträchtlich ist.

Alle erforderlichen Mehrleistungen sind nur mit zusätzlichen Einnahmen zu finanzieren. Die Einnahmeverbesserungen sind aber auch erforderlich, weil die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Nach Prognosen wird die Zahl der Personen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, von jetzt etwa 2 Millionen bis 2020 auf 2,8 Millionen steigen.

Bereits der Koalitionsvertrag sieht unter anderem eine Dynamisierung der Pflegeleistungen, die Überarbeitung des Pflegebegriffs und den Aufbau einer Demographiereserve vor. Die FDP und die Unternehmerverbände hatten schon bei der Einführung der Pflegeversicherung ein privatwirtschaftliches Kapitaldeckungsmodell gefordert. Dem entspricht die Formulierung im Koalitionsvertrag: „Die Ergänzung des Umlageverfahrens durch kapitalgedeckte Elemente sind als Demografie-reserve notwendig.“

Es ist davon auszugehen, dass im Hinblick auf die Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Pflegeversicherung kurzfristig eine Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung erfolgt. Zeitgleich oder später kommt vermutlich die Verpflichtung zum Abschluss einer privaten Pflegezusatzversicherung mit staatlicher Förderung. Eine Regelung, die einmal mehr im Interesse der PKV liegen dürfte. Das Geschäft mit den Pflegezusatzversicherungen auf freiwilliger Basis verläuft seit Jahren äußerst schleppend.

Auch wird der von der SPD angedrohte Griff in die Rücklagen der PPV kaum stattfinden. Einmal mehr wird die erfolgreiche Lobbyarbeit der PKV bewiesen. Wie heißt es doch in einer Pressemeldung des PKV-Verbandes dazu: „Wie brauchen nicht Ideologie, wir brauchen keine Gleichmacherei im Schlechten, sondern eine Reform, die generationsgerecht angelegt ist ...“

Für die Arbeitgeber wird die Beitragserhöhung sicherlich durch eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung kompensiert. Alle, die von der Beitragssenkung nicht profitieren, zahlen die Erhöhungen aus der eigenen Tasche.

Der Pflegekompromiss wird höchstwahrscheinlich dem Kompromiss der Gesundheitsreform folgen, das heißt Arbeitnehmer und Rentner zahlen die Rechnung. Wieder ein Schritt in Richtung Privatisierung und Abschied von der paritätischen Finanzierung in der Sozialversicherung. Vorausschauend meint Lothar Späth im Handelsblatt vom 23. Mai unter der Überschrift „Mehr Mut, bitte“: „Die Koalitionäre erliegen erneut dem Fehler, Versicherung mit Umverteilung zu vermischen und auf diesem Weg die Notwendigkeit zu mehr Eigenverantwortung zu Gunsten staatsbürokratischer Misswirtschaft zu verdrängen!“ Wo in der Pflegeversicherung die Misswirtschaft sein soll, das muss Lothar Späth nicht begründen.

Fazit

Die Gewerkschaften haben die Pflegeversicherung auch als steuerfinanziertes Leistungsgesetz für sinnvoll gehalten. Heute ist klar, dass zumindest eine teilweise Steuerfinanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben im Bereich der Pflege erforderlich ist. Nur so kann weitere Altersdiskriminierung verhindert werden. Die steigende Zahl von Pflegebedürftigen wird sonst nur noch als Kostenfaktor und Belastung behandelt. Die gesellschaftlichen Kosten einer alternierenden Gesellschaft würden bei einem „Bundesleistungsgesetz für Pflege“ von allen Steuerzahlern und nicht nur von den Beitragszahlern getragen.

REINHARD MARCKWALD